

Antworten WPST LVSD SH

Zu 1.

Wir Grüne wollen einen Schleswig-Holsteinischen und einen bundesweiten Aktionsplan gegen Homophobie und Transphobie unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen einschließlich der Religionsgemeinschaften. Die schwul-lesbische Selbsthilfe-, Sozial- und Bürgerrechtsarbeit wollen wir konsequent fördern. Unser zentrales Anliegen ist hierbei die Stärkung der Antigewalt-, Antidiskriminierungs- und Beratungsarbeit. Einen entsprechenden Vorstoß haben wir mit unserem Landtagsantrag für einen Landesaktionsplan gegen Homophobie (Drucksache 17/ 502) unternommen, sind aber an der Blockadehaltung von CDU und FDP gescheitert. [http://lissh.lvn.parlanet.de/cgi-bin/starfinder/0?path=lisshfl.txt&id=FASTLINK&pass=&search=\(%28%28%28FASTW%2cDARTS%2c1DES2%3d%28%28%22HOMOPHOBIE%22%29%29%29%29+NOT+TYP%3dPSEUDOVO RGANG%29+AND+WP%3d17\)+AND+DID%3DK-49101&format=WEBDOKFL](http://lissh.lvn.parlanet.de/cgi-bin/starfinder/0?path=lisshfl.txt&id=FASTLINK&pass=&search=(%28%28%28FASTW%2cDARTS%2c1DES2%3d%28%28%22HOMOPHOBIE%22%29%29%29%29+NOT+TYP%3dPSEUDOVO RGANG%29+AND+WP%3d17)+AND+DID%3DK-49101&format=WEBDOKFL)

Auf Bundesebene muss im Gleichheitsartikel unserer Verfassung endlich ergänzt werden, dass niemand wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden darf. Die Rechte von Homosexuellen, Intersexuellen und Transgender sind eine Frage von Demokratie und Menschenrechten.

Auch deshalb kämpfen wir für die volle Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften in allen Lebensbereichen und ein menschenwürdiges Transsexuellenrecht.

Zu 2.

Als eine der ersten parlamentarischen Initiativen in der laufenden Legislaturperiode haben wir Grüne die vollständige Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften in allen Aspekten des Schleswig-Holsteinischen Beamtenrechtes sowie bei den Kammern und Versorgungswerken gefordert. CDU und FDP haben diesen Vorschlag abgelehnt.

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/0000/drucksache-17-0020.pdf>

Ja, wir werden uns für eine Nachzahlung ab dem 02.12.2003 einsetzen.

Zu 3. Und 4.

Gleichstellung und Antidiskriminierungsarbeit brauchen eine ausreichende personelle und finanzielle Ausstattung. Sensibilisierung, Information und Öffentlichkeitsarbeit, Koordinierung und Vernetzung, Beratung und Begleitung, Fort- und Weiterbildung und rechtliche Aspekte müssen langfristig und gezielt voran getrieben werden. Gleichstellung zu gewährleisten ist ein langfristiger Prozess. Wer diese wichtigen Themen bewegen will, braucht Ausdauer und Durchhaltevermögen - auch personell. Wir halten es daher für richtig, dass ein Referat zuständig ist für die Gleichstellung von Schwulen, Lesben, Transgender und Intersexuellen und werden hierfür kämpfen.

Zu 5.

Für Jugendliche und junge Erwachsene ist die Auseinandersetzung mit der sexuellen und geschlechtlichen Identität eine besonders sensible Lebensphase. Ausgrenzung, Diskriminierung und Mobbing führen zu gravierenden, teils gefährlichen Konsequenzen. Diese Situation ist in der Regel für keinen der Beteiligten ohne professionelle Unterstützung zu bewältigen. Vor diesem Hintergrund muss ein vernetztes präventives und Akut-Angebot für SchülerInnen und LehrerInnen, aber auch MitarbeiterInnen in der Kinder- und

Jugendarbeit und im Sport einen Schwerpunkt der Gleichstellungsarbeit im Rahmen eines Landesaktionsplans gegen Homophobie bilden. Außerdem wollen wir Informationen für alle Lehrkräfte schon im Referendariat anbieten.

Zu 6., 5., 7.

Wir fordern die Öffnung der Ehe für lesbische und schwule Paare, einschließlich des Adoptionsrechts. Es darf keine rechtlichen Unterschiede zwischen Paaren oder Familien geben, die bewusst und verbindlich Verantwortung für einander übernehmen wollen. Entscheidend ist das Bekenntnis zu Ehe und Familie und nicht die Frage des Geschlechtes. Das gilt auch im Steuerrecht. Ebenso muss die Möglichkeit der künstlichen Befruchtung für Lebenspartnerinnen, Unverheiratete und Alleinstehende offen stehen. Regenbogenfamilien, also gleichgeschlechtliche Familien mit Kindern, dürfen nicht benachteiligt werden. Aus Sicht der Grünen haben sie dieselben Rechte wie alle anderen Familien.